

# SITZUNG

Sitzungstag:

11.03.2019

Sitzungsort:

Kusel

---

Namen der Mitglieder des Kreisausschusses

---

**Vorsitzender**

Otto Rubly	
------------	--

**Niederschriftführer**

AR Christoph Dinges	
---------------------	--

**Ausschussmitglieder**

Matthias Bachmann	
Horst Flesch	Vertretung für Frau Andrea Schneider
Dr. Wolfgang Frey	
Hans Harth	
Peter Jakob	Vertretung für Herrn Sven Eckert
Michael Kolter	Vertretung für Herrn Dr. Stefan Spitzer
Ute Lauer	
Gerd Rudolph	
Helge Schwab	

**Kreisbeigeordnete**

Kreisbeigeordneter Dr. Oliver Kusch	
Kreisbeigeordneter Hans Schlemmer	
Erster Kreisbeigeordneter Jürgen Conrad	

**Verwaltung**

KVD Susanne Lenhard	
KVR Christine Löwe	
KVD Ulrike Nagel	
KVR Carsten Schnitzer	
RR Miriam Sommer	

**Abwesend:**

**Ausschussmitglieder**

Sven Eckert	entschuldigt
Christoph Lothschütz	entschuldigt
Andrea Schneider	entschuldigt
Dr. Stefan Spitzer	entschuldigt

# Tagesordnung

der Sitzung des Kreisausschusses am Montag, dem 11.03.2019, um 14:00 Uhr,  
in der Aula des Horst-Eckel-Hauses, Lehnstraße 16, in Kusel

## A) Öffentlicher Teil

1. Vorbereitung von Beschlüssen des Kreistages
  - 1.1. Abfallwirtschaft  
hier: Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019
  - 1.2. Resolution des Kreistages Kusel zur Stationierung der Bundeswehr in der ehemaligen Unteroffizier Krüger Kaserne in Kusel
  - 1.3. Haushaltsplan 2019  
hier: Beratung des Ergebnis- und Finanzhaushaltes
2. Informationen

## B) Nichtöffentlicher Teil

3. Abfallwirtschaft
  - 3.1. Auftragsvergabe
  - 3.2. Auftragsvergabe
4. Grundstücksangelegenheiten
5. Informationen

\*\*\*\*\*

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er beantragte die Beratungsreihenfolge dahingehend zu ändern, dass die Tagesordnungspunkte 1.2 und 1.3 vorgezogen werden und die Beratung zu Tagesordnungspunkt 1.1 erst anschließend erfolgt. Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmten der Änderung der Beratungsreihenfolge einstimmig zu (Abstimmungsergebnis: Dafür: 10, Dagegen: 0, Enthaltung: 0).

Der Fraktionsvorsitzende der FWG-Fraktion, Herr Helge Schwab, klagte über die erst sehr spät zugesandten Beratungsunterlagen. Eine gewissenhafte Vorbereitung benötige mehr Zeit. Der Vorsitzende zeigte in diesem Zusammenhang die zusätzliche Arbeitsbelastung der Abteilungen durch die Prüfung des Landesrechnungshofes an, fügte aber hinzu, dass man bemüht sei, die Beratungsunterlagen möglichst frühzeitig zu versenden.

Da keine weiteren Anträge zur Ergänzung bzw. Erweiterung der Tagesordnung eingebracht wurden, konnte unmittelbar im Anschluss mit der Abhandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte begonnen werden.

\*\*\*\*\*

<b>Kreisausschuss-Sitzung am 11.03.2019</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>11</b>		
		davon anwesend: <b>10</b>		
<b>TOP: 1.1</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>		
		Dafür <b>10</b>	Dagegen <b>0</b>	Enthaltung <b>0</b>

### **Abfallwirtschaft**

#### **hier: Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019**

Den Mitgliedern des Kreisausschusses lag der Entwurf des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2019 vor.

Herr Uwe Zimmer, Leiter der Abteilung Umwelt und Bauen, stellte den Wirtschaftsplan vor. Dabei ging er insbesondere auf die wesentlichen Verbesserungen bzw. Verschlechterungen der Ansätze im Vergleich zum Vorjahr ein. Zusätzliche Umsatzerlöse aus den Gebühren für die Biotonne und Mindererlöse aufgrund reduzierter Abfallanlieferungen seien im Wesentlichen die Ursache für die Reduzierung der gesamten Erträge um rund 200.000 Euro (von 9 auf 8,8 Mio. Euro). Als Gegenstück dazu sei eine Erhöhung der Sammlungskosten wegen der zusätzlichen Biotonne und den neuen Sammelverträgen zu erwarten. Weil man geringere Fremdmengen annehmen möchte, verringere sich auch die Abschreibung um diesen Anteil. In Summe plane man im Wirtschaftsjahr 2019 mit Aufwendungen in Höhe von rund 8,6 Mio. Euro (Vorjahr: rund 9,4 Mio. Euro).

Der Fraktionsvorsitzende der FWG-Fraktion, Herr Helge Schwab, fragte in diesem Zusammenhang nach näheren Informationen zu den Ansätzen für „Telefonkosten“ und „Kfz-Steuer und Grundsteuer“. Bei den Telefonkosten sei eine Erhöhung des Ansatzes von 2.700 Euro auf 4.000 Euro und bei den Steuern von 1.100 Euro auf 3.000 Euro vorgesehen.

Herr Zimmer antwortete, dass Detailübersichten zu diesen Konten nachgereicht werden könnten und ging anschließend noch kurz auf den Vermögensplan, die Stellenübersicht und das Gesamtschulden-Verzeichnis ein.

Nachdem weitere Fragen der Kreisausschussmitglieder beantwortet wurden, leitete der Vorsitzende die Beschlussfassung ein.

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2019 zu beschließen.

<b>Kreisausschuss-Sitzung am 11.03.2019</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>11</b> davon anwesend: <b>10</b>				
<b>TOP: 1.2</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>				
		<table border="1"> <tr> <td>Dafür</td> <td>Dagegen</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td><b>9</b></td> <td><b>1</b></td> <td><b>0</b></td> </tr> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	<b>9</b>
Dafür	Dagegen	Enthaltung				
<b>9</b>	<b>1</b>	<b>0</b>				

***Resolution des Kreistages Kusel zur Stationierung der Bundeswehr in der ehemaligen Unteroffizier Krüger Kaserne in Kusel***

Neben dem Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Kusel-Altenglan und dem Stadtrat der Stadt Kusel begrüßt es auch der Kreistag des Landkreises Kusel sehr, dass die Stationierung der Heeresinstandsetzungslogistik in Gebäuden der ehemaligen Unteroffizier Krüger Kaserne auf dem Kuseler Windhof nun erfolgen soll. Darüber hinaus unterstützen Kreis, Verbandsgemeinde und Stadt besonders auch Planungen im Zuge der anstehenden Bundeswehrvergrößerung, die dazu führen, dass der Bundeswehrstandort Kusel langfristig wieder aktiviert und entsprechende Truppeneinheiten, z.B. in Bataillonsstärke, stationiert werden. Die Bundeswehr war und ist durch den über 50 Jahre existierenden Bundeswehrstandort in der Unteroffizier Krüger Kaserne und den nahe gelegenen Truppenübungsplatz Baumholder tief in der Bevölkerung verwurzelt.

Darüber hinaus bitten Verbandsgemeinderat und der Stadtrat die Bundesministerin der Verteidigung und die Landesregierung, bei der geplanten Erweiterung der Bundeswehr und der damit in Zusammenhang stehenden Standortentscheidungen strukturpolitische Erwägungen mit zu berücksichtigen. Neben überzeugenden militärischen Gründen war die Entscheidung für den Militärischen Standort Kusel im Jahr 1965 auch von strukturpolitischen Gründen getragen gewesen, die heute so richtig wären wie damals. Die Etablierung eines Bundeswehrstandortes würde zu einer nachhaltigen Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in unserem strukturschwachen Raum beitragen.

- Seit der Schließung des Bundeswehrstandortes im Jahr 2014 und der darauf folgenden Teilnutzung eines Teils des Unterkunftsbereichs als Außenstelle der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) Trier sind Kreis, Stadt und Verbandsgemeinde bemüht ein langfristiges Nutzungskonzept für die ehemalige Kasernenanlage zu erstellen. Da die zunächst gegebene Zusage einer voll ausgestatteten Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) wegen des Fehlens einer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sich nicht erfüllte und Möglichkeiten einer gewerblichen Nutzung der verfügbaren Teile der ehemaligen Kaserne schwierig zu realisieren sind, bedarf es dringend einer langfristigen Perspektive für die Nutzung der ehemaligen Kaserne. In Kusel besteht die Möglichkeit zur Revitalisierung der Kasernenanlage und somit gute Voraussetzungen für die nun geplante Vergrößerung der Truppenstärke und der Aufstellung neuer Truppenteile.
- Die Bundeswehrsoldaten waren und sind auch heute noch bestens in das gesellschaftliche Leben von Kusel integriert, sind in Vereinen, in Kommunalpolitik und sozialen Einrichtungen engagiert. Es bestand immer ein gutes Verhältnis zwischen Bürgern und Bundeswehr, die Soldaten waren und sind gerne gesehen und eine Bereicherung für die Standortgemeinde.
- Das enge Verhältnis zwischen Kommunen und Bundeswehr kommt in lebendigen Partnerschaften zum Ausdruck, beispielsweise zwischen der 3. Batterie des Panzerartillerielehrbataillons 345 und der Gemeinde Thallichtenberg sowie zwischen diesem Bataillon und der Stadt Kusel, die auch nach dem Truppenabzug weiter mit Leben erfüllt werden.

- Die ehemalige Kasernenanlage eignet sich nach wie vor bestens zur Unterbringung größerer Waffensysteme wie beispielsweise der Artillerie.
- Die verkehrstechnische Anbindung der ehemaligen Kaserne für Schwerlastverkehr wurde im letzten Jahr deutlich verbessert durch eine öffentliche Straßenbaumaßnahme im Kreuzungsbereich der Fritz-Wunderlich-Straße – Haischbachstraße - Mühlstraße und durch Erhöhung einer Fußgängerbrücke.
- Die räumliche Nähe und gute Anbindung des Kasernenbereichs über eine Privatstraße des Bundes zum Truppenübungsplatz Baumholder und zum Ausbildungsbereich Streitkräftegemeinsame Taktische Feuerunterstützung/Indirektes Feuer Idar-Oberstein schafft nach wie vor kostengünstige und synergetische Effekte bei der zukunftsfähigen und einsatzorientierten Ausbildung von Soldaten.

Herr Dr. Wolfgang Frey (Bündnis 90/Die Grünen) argumentierte gegen eine erneute militärische Nutzung des Geländes und würde es stattdessen begrüßen den Standort zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben zu nutzen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Matthias Bachmann, Herr Peter Jakob (FDP) und Herr Helge Schwab (FWG) befürworteten die Resolution und gingen dabei auf die Vorteile ein, die eine erneute Stationierung der Bundeswehr mit sich bringe.

Anschließend wurde über die Resolution abgestimmt.

### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die Resolution in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung zu verabschieden.

<b>Kreisausschuss-Sitzung am 11.03.2019</b> -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>11</b> davon anwesend: <b>10</b>				
<b>TOP: 1.3</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>				
		<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 33%; text-align: center;">Dafür</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Dagegen</td> <td style="width: 33%; text-align: center;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> </table>	Dafür	Dagegen	Enthaltung	-
Dafür	Dagegen	Enthaltung				
-	-	-				

### **Haushaltsplan 2019**

#### **hier: Beratung des Ergebnis- und Finanzhaushaltes**

Den Mitgliedern des Kreisausschusses lag eine Übersicht der Verbesserungen/Verschlechterungen im Ergebnishaushalt 2019 im Vergleich zum Vorjahr vor und darüber hinaus auch Auszüge aus dem Vorbericht des Haushaltsplanes 2019 bezüglich der „Sozialen Sicherung“ sowie der „Personal- und Versorgungsaufwendungen“.

Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden stellte der Leiter der Abteilung Jugend und Soziales, Herr Marc Wolf, die Planzahlen des Teilhaushaltes „Soziale Sicherung“ eingehend vor. Er erläuterte zunächst die einzelnen Produkte des Jugendamtes, ging dabei auf die Haushaltsansätze und, soweit größere Veränderungen zu den Vorjahren erwartet werden, die Gründe für die Abweichung ein.

Nachdem er kurze Zwischenfragen beantwortet hatte, ging er sodann in gleichem Maße auf die Haushaltsansätze des Sozialamtes ein und beantwortete weitere Fragen.

Anschließend ging der Kämmerer der Kreisverwaltung, Herr Carsten Schnitzer, auf die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen und die wesentlichen Veränderungen des Gesamtergebnishaushaltes ein.

Herr Dr. Wolfgang Frey (Bündnis 90/Die Grünen) fragte in diesem Zusammenhang, warum sich die Mitarbeiterzahl der Ausländerbehörde für den Bereich AfA (Windhof) erhöhe, obwohl die Flüchtlingszahlen rückläufig seien.

Der Vorsitzende antwortete, dass die Flüchtlingszahlen, die der Erstaufnahmeeinrichtung zugewiesen werden, konstant seien und die Personalkosten für diese Stellen zu 100 % erstattet werden.

Herr Horst Flesch (SPD) fragte nach dem Termin für die Umstellung auf die elektronische Personalakte und nach dem Personalmehrbedarf im Bereich der Poststelle.

Der Leiter des Personalreferates antwortete, dass man vermutlich weitere 24 Monate bis zur kompletten Umstellung benötigen werde. Der Mehrbedarf auf der Poststelle habe mit der Umstellung des Postversandes und der geplanten Digitalisierung der Posteingänge zu tun.

Nachdem alle Fragen beantwortet wurden, leitete der Vorsitzende zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

<b>Kreisausschuss-Sitzung am 11.03.2019</b> <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: <b>11</b> davon anwesend: <b>10</b>									
<b>TOP: 2</b>	<b>Sache / Beschluss</b>	<table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="3"><b>Abstimmungsergebnis</b></th> </tr> <tr> <th>Dafür</th> <th>Dagegen</th> <th>Enthaltung</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>-</td> <td>-</td> <td>-</td> </tr> </tbody> </table>	<b>Abstimmungsergebnis</b>			Dafür	Dagegen	Enthaltung	-	-	-
<b>Abstimmungsergebnis</b>											
Dafür	Dagegen	Enthaltung									
-	-	-									

### **Informationen**

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes informierte der Vorsitzende die Mitglieder des Kreisausschusses insbesondere über folgende Themen:

- Landesrechnungshof hat Prüfungszeitraum um weitere acht bis zehn Wochen verlängert
- Digitalpakt
- Weitere Sitzungstermine:
  - 08.04.2019: Kreisausschuss mit Beschlussempfehlung zum Haushalt
  - 17.04.2019: Kreistagssitzung mit anschließender Verabschiedung des ausgeschiedenen KFI und Ernennung des neu gewählten KFI

Die Mitglieder des Kreisausschusses nahmen die Informationen des Vorsitzenden zur Kenntnis. Einwände gegen die vom Vorsitzenden vorgetragenen Informationen wurden nicht erhoben.

\*\*\*\*\*

Die Sitzung begann um 14:00 Uhr und endete gegen 16:40 Uhr.

\*\*\*\*\*

Geschlossen:

Der Vorsitzende:  
gez.  
(Otto Rubly)  
Landrat

Der Schriftführer:  
gez.  
(Christoph Dinges)  
Amtsrat